Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

222 (22.9.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 222 — **Donnerstag, den 22. September 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die Reichsbank hat ihren Diskontsatz von 5 auf 4 Prozent herabgesetzt.

*

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn beschloß über die bisher vorgesehenen Mittel hinaus etwa 180 Millionen RM. zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden.

*

Der preußische Landtag lehnte einen kommunistischen Antrag auf Auflösung des Landtages ab und beriet über die Notverordnung zum preußischen Etat.

*

Das Büro der Abrüstungskonferenz ist wieder zusammengetreten. Der Platz des deutschen Delegierten blieb leer.

*

Die deutsche Delegation für die Ratstagung des Völkerbundes ist nach Genf abgereist.

*

Die ungarische Regierung ist infolge der gespannten innerpolitischen Lage zurückgetreten.

*

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist am Mittwoch abend von seiner Süd-Amerikafahrt nach Friedrichshafen zurückgekehrt.

Zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm der Deutschen Reichsbahn

Berlin, 21. Sept. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft, der sich am 19. und 20. September in der Hauptsache mit der Beteiligung der Reichsbahn am Programm der Reichsregierung beschäftigte, beschloß, **über die bisher vorgesehenen Mittel hinaus etwa 180 Millionen RM. für weitere Beschaffungen und Arbeiten zu verwenden, die der Reichsbahn aus den Gutscheinen für die Beförderungssteuer zufließen.** Um diese Mittel schon jetzt flüssig zu machen, ist eine Vorfinanzierung per Steuergutscheine in Aussicht genommen, der der Verwaltungsrat zustimmte. Darüber hinaus beauftragt der Verwaltungsrat den Generaldirektor, die Verhandlungen über die **Beschaffung weiterer Mittel in Höhe von 100 Millionen RM. zur Erhöhung des außerordentlichen Beschaffungsprogramms auf 280 Millionen RM.** beschleunigt fortzusetzen. Das zusätzliche Arbeitsbeschaffungsprogramm gibt neben der Mehrarbeit bei den Lieferanten allein bei der Reichsbahn selbst **24 000 Mann Arbeit.** Außerdem können durch Einlegen von Feierschichten bei der Bahnunterhaltung mindestens weitere **6000 Arbeiter in Beschäftigung** bleiben.

Aus dem Preußenparlament

Kommunistischer Antrag auf Auflösung des Landtages abgelehnt

Berlin, 21. Sept. Im Preußischen Landtag wurde ein kommunistischer Antrag auf **Auflösung des Landtages abgelehnt;** für den Antrag hatten nur die Kommunisten, die Staatspartei und die Deutschnationalen gestimmt.

Die **deutschnationale Landtagsfraktion** hat einen Antrag eingebracht, der die **Aufhebung des Landtagsbeschlusses** vom 20. Aug. über das Gehorsamsverhältnis der Beamten zur kommissarischen Regierung fordert.

Die Nationalsozialisten gaben eine Erklärung ab, in der es heißt, daß sie nicht daran denken, von sich aus gegenüber einer im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse handelnden Regierung die Beamten und Staatsangestellten zu einer Verletzung ihrer Pflichten aufzufordern. Soweit sich die Reichskommissare von Papen und Dr. Bracht unter dem Druck des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, an dessen Verfassungstreue Zweifel nicht bestehen, im Rahmen der auch von ihm beschworenen Verfassung halten, sieht es die Fraktion der Nationalsozialisten für eine selbstverständliche Pflicht aller Beamten und Staatsangestellten an, auch ihrerseits Verfassung und Gesetz in preußischer Pflichterfüllung zu beachten (Andauerndes Gelächter links.)

Auch vom Zentrum lag ein Antrag vor, um den Konflikt zu bereinigen. Verbunden mit der Beratung soll ein sozialdemokratischer Antrag werden, der sich gegen die politischen Besprechungen des Landtagspräsidenten Kerrl wendet. Am Freitag wird sich der Landtag voraussichtlich bis nach den Reichstagswahlen vertagen.

Rekordfahrt des „Graf Zeppelin"

T.U. **Friedrichshafen,** 21. Sept. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist am Mittwoch abend von seiner Fahrt nach Südamerika zurückgekehrt und um 9,30 Uhr glatt gelandet. Das Luftschiff hat diesmal eine Rekordfahrt hinter sich; die Strecke Pernambuco-Friedrichshafen wurde in 67½ Stunden zurückgelegt.

Allgemeine Ratlosigkeit in Genf

Genf, 21. Sept. Präsident Henderson eröffnete die Tagung des Büros der Abrüstungskonferenz mit einer kurzen Ansprache, in der er erklärte, die Abrüstungskonferenz sei jetzt an ihrem kritischsten Punkte angelangt, es handle sich jetzt darum, ob man zu einer wirksamen und ernsthaften Herabsetzung der Rüstungen oder zu einem neuen Rüstungswettlauf gelange. Hauptaufgabe des Büros sei die Vorbereitung des zweiten Tagungsabschnittes der Konferenz. Die Rede Hendersons wurde von der Versammlung schweigend entgegengenommen. Sodann legte der Präsident das **Schreiben des deutschen Außenministers** und die Antwort des Konferenzpräsidenten vor. Beide Schreiben wurden im Wortlaut verlesen. Mit dem Vorschlage Hendersons, über die Mitteilung der deutschen Regierung vorläufig in keine Diskussion einzutreten für den Fall, daß die deutsche Regierung den Wunsch habe, auf seinen Brief zu antworten, erklärte sich das Büro einverstanden.

T.U. **Genf,** 21. Sept. Das Büro der Abrüstungskonferenz trat am Mittwoch nachmittag erneut zu einer Sitzung zusammen, an der zum allgemeinen Erstaunen Herriot wieder nicht teilnahm. Ueberall wird lebhaft die Frage erörtert, weshalb Herriot lediglich für einen Tag nach Genf gekommen ist und den Bürositzungen fernblieb. Herriot empfing im Laufe des Mittwoch die Vertreter der Frankreich nahestehenden Staaten und den Pariser griechischen Gesandten Politis, der von der französischen Gruppe als Präsident der Vollversammlung ausersehen ist. Von französischer Seite wird als Erklärung für das Fernbleiben Herriots lediglich ausgeführt, daß Herriot nicht als einziger Ministerpräsident an der Sitzung habe teilnehmen können, da der deutsche und der englische Kabinettschef nicht nach Genf gekommen seien. Diese Erklärung wird allgemein als rein diplomatische Begründung aufgefaßt. Herriot soll tatsächlich erwartet haben, daß ein maßgebender Vertreter der Vereinigten Staaten an der Sitzung teilnehmen würde. Da die amerikanische Regierung nur ihren Berner Gesandten Wilson in die Bürositzung entsandt hat und keine Aussprache über die Haltung der deutschen Regierung stattfand, hat dann Herriot seine sofortige Rückkehr nach Paris beschlossen. Er wird erst Montag früh wieder nach Genf zurückkehren. Herriot verläßt somit kurz vor dem Eintreffen des Reichsaußenministers Genf. Die Bürositzung verlief vor fast leeren Tribünen ohne das geringste Interesse. Es machte sich allgemeine Ratlosigkeit und Teilnahmslosigkeit geltend. Aufmerksamkeit erregte lediglich eine scharfe Erklärung Litwinows, der den völlig ergebnislosen Verlauf der Abrüstungsverhandlungen und die hoffnungslose Lage deutlich darstellte. Das Büro müßte dem Hauptausschuß sofort praktische Maßnahmen im Sinne einer Rüstungsherabsetzung auf das von Sowjetrußland angeregte Drittel vorschlagen. Unter diesen Umständen würde Deutschland, dessen Fernbleiben das Büro außerordentlich bedauern müsse, vielleicht wieder in die Abrüstungskonferenz zurückkehren können.

Die Versuche, ohne Deutschland die praktischen Abrüstungsarbeiten weiterzuführen, scheinen bereits am ersten Tage gescheitert zu sein. Die Verhandlung rief in allen internationalen Kreisen einen geradezu trostlosen Eindruck hervor.

*

Keine amerikanische Unterstützung des französisch-englischen Standpunktes?

T.U. **London,** 21. Sept. Der New-Yorker Berichterstatter des „Manchester Guardian" meldet, daß die Berichte aus Paris, daß Botschafter Edge und Senator Reed der französischen Regierung Unterstützung des englisch-französischen Standpunktes zugesagt hätten, in Amerika eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen hätten. Die Hoover-Erklärung sei daher, wie man annehme, herausgegeben worden, um Deutschland zu versichern, daß die Vereinigten Staaten sich noch von der Auseinandersetzung fernhielten.

*

Botschafter Edge nach Washington beordert.

T.U. **Washington,** 21. Sept. Staatssekretär Stimson gab bekannt, daß der amerikanische Botschafter in Paris, Edge, nach Washington beordert sei, um ausführlich über die Verhandlungen über den neuen französisch-amerikanischen Handelsvertrag zu berichten. Man vermutet, daß Edge in der Lage sein wird, die tieferen Ursachen zu beleuchten, die Frankreich, den schärfsten Gegner des Hooverschen Abrüstungsvorschlages, zum Befürworter dieses Planes machten. Weiter wird erwähnt, daß Edge gelegentlich als Sprecher für Hoover im Wahlkampf vorgeschlagen worden sei.

Gesprengte Fesseln!

Das Grundsätzliche der neuen Diskontgestaltung

Erst sehr spät hat die Reichsbank die Möglichkeit erhalten, den Diskontsatz herabzusetzen. Sie war dazu infolge von internationalen Vereinbarungen nicht in der Lage, und erst in der letzten Verwaltungsratssitzung der BIZ. ist die Reichsbank von den Fesseln der Diskontgesetzgebung befreit worden.

Noch vor einem Jahre hätte man es für unmöglich gehalten, daß eine Währung stabil bleiben kann, wenn der Diskontsatz unter einen bestimmten Satz sinkt. Vor 1914 waren die Diskontsätze das beste Regulativ, um die auch damals vorkommenden, allerdings weitaus geringeren Devisenschwankungen auszugleichen. In der Zeit nach 1918, besser gesagt nach 1923, nach der Stabilisierung der Mark, hat in Deutschland der Diskontsatz zeitweilig noch die Funktion eines Währungsregulativs erfüllt. Dies ist alles seit einem Jahre anders geworden, und zwar infolge der Devisenerschütterungen, von denen fast die ganze Welt heimgesucht wurde. Der größte Schlag gegen die Währungsstabilität war die Aufgabe des Goldstandards durch England am 13. September 1931. Damals wurden in die Devisenschwierigkeiten direkt die nordischen Staaten hineingezogen, indirekt fast alle europäischen Staaten, soweit sie nicht schon zu diesem Zeitpunkt sich in Devisenschwierigkeiten befanden. Devisenzwangswirtschaft und Schutzzollpolitik hat dazu geführt, daß mit Ausnahme weniger Länder, z. B. Frankreich und Amerikas, fast in der ganzen Welt eine Devisenzwangswirtschaft besteht.

Uns ist — was nach dem Bankenzusammenbruch im Sommer 1931 als ein doppeltes Wunder angesehen werden muß — die Verteidigung der deutschen Währung gelungen. Symptomatisch für das wiederkehrende Vertrauen der Welt zur deutschen Mark ist die Tatsache, daß gerade in den Tagen, da die Diskontsenkung der Reichsbank unmittelbar bevorstand, die Mark aus dem Ausland besonders fest kam. Ueber der Tatsache dürfen wir jedoch nicht vergessen, durch welche Kosten die Markstabilisierung gelungen ist. Die Devisenzwangswirtschaft bedeutet für die deutsche Wirtschaft eine schwere Belastung; werden doch durch sie sowohl Export wie Import aufs empfindlichste gestört, ganz abgesehen davon, daß es in dem Augenblick zu neuen Schwierigkeiten kommen muß, wenn tatsächlich ein echter Konjunkturumschwung eintritt. Immerhin ist unsere Situation nicht mehr die gleiche wie noch in früheren Jahren. Es fehlt die ungeheure Belastung der Reparationszahlungen, die jede vernünftige Währungsmaßnahme zum Scheitern zu bringen drohte. Noch werden erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden sein, wenn die Rückzahlung der Privatschulden bzw. überhaupt nur der Zinsendienst weiter durchgeführt werden soll. Dazu braucht Deutschland unbedingt eine aktive Handelsbilanz. Diese ist bisher nur dadurch aktiv gehalten worden, daß der Import immer weiter gedrosselt wurde. Trotz größter Bemühungen ist es nicht gelungen, den Export wieder zu heben, im Gegenteil, man hat es schon als eine gewisse Befriedigung empfunden, daß der Export nicht wie in früheren Monaten erneut zurückgegangen ist.

Eine von den währungstechnischen Bedingungen freie Diskontfestsetzung ist, was nicht oft genug hervorgehoben werden kann, nur dadurch möglich, weil in der ganzen Welt eine Devisenzwangswirtschaft und damit eine, wohl zu 95 Prozent auch funktionierende Devisenkontrolle besteht. Durch Verknappung der Markvorräte im Ausland kann, unabhängig vom Diskontsatz im Ausland die Währung stabil gehalten werden. Solche Zwangsmaßnahmen können jedoch nur für einen bestimmten Zeitraum erfolgen. Ueber kurz oder lang muß wieder das freie Spiel der Kräfte einsetzen. Deutschland braucht dringend eine erneute Kapitalzufuhr. Die Welt braucht eine freie Devisenwirtschaft, um das festgefahrene Welthandelsschiff wieder flott zu bekommen. Man hofft, daß durch die internationale Wirtschaftskonferenz und ebenso durch eine internationale Währungskonferenz die Vorbedingungen für eine freiere Wirtschaft geschaffen werden.

Die Diskontherabsetzung um 1 Prozent bringt der deutschen Wirtschaft eine erhebliche Entlastung, besonders da in Frankreich und Amerika — ebenso aber auch in England trotz der Währungsschwankungen — alle Diskontsätze ungewöhnlich niedrig sind, wodurch die Zinsbelastung für die Wirtschaft vieler Staaten leichter zu ertragen ist, als dies bisher für Deutschland der Fall war. Die Diskontherabsetzung soll gleichzeitig den Auftakt für eine allgemeine Zinsverbilligung in Deutschland bringen. Die Beschlüsse, wie weit man hier zwangsweise vorgehen will, sind erst im letzten Augenblick gefaßt worden. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Banken die Bemühungen der Regierung zur Verbilligung des Geldes unterstützen, indem sie auch ihre Spesensätze herabsetzen.

Genfer Aussprache über die 40-Stundenwoche

T.U. **Genf,** 21. Sept. In der außerordentlichen Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes fand eine ausgedehnte Aussprache über den italienischen Antrag auf Einführung der 40-Stundenwoche als Krisenmaßnahme statt. De Michelis begründete den Antrag seiner Regierung ausführlich. Er wurde hierbei von dem französischen Regierungsvertreter Piquenard und dem deutschen Regierungsvertreter Staatssekretär Grieser unterstützt, stieß jedoch auf den Widerstand der Arbeitgebergruppe. Lediglich der italienische Arbeitgebervertreter Olivetti trat für den Antrag ein. Die Aussprache wird am Donnerstag fortgesetzt.

Der Arbeitsmarkt

Arbeitsmarktlage in Südwestdeutschland

Nach der Statistik der württembergischen und badischen Arbeitsämter hat sich in der ersten Septemberhälfte keine weitere Abnahme der Arbeitsuchenden mehr ergeben. Insgesamt wurden am 15. September 287 002 Arbeitsuchende, 221 974 Männer und 65 028 Frauen, gezählt; 116 344 entfielen auf **Württemberg** und 170 658 auf **Baden**. Von den Arbeitsuchenden waren 269 871 als arbeitslos zu betrachten und zwar 106 990 in Württemberg und 162 881 in Baden. In den Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes waren nach der Zählung von Ende August 8700 vorwiegend jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahren beschäftigt gegen 7200 Ende Juli, während die 5800 Mann, die Ende August in den Maßnahmen der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge als Notstandsarbeiter untergebracht waren, hauptsächlich den älteren Jahrgängen entnommen sind. Zu bemerken ist, daß sich die Zunahme der Beschäftigtenzahlen im freiwilligen Arbeitsdienst und in Notstandsarbeiten nicht in der Arbeitsmarktstatistik als Entlastung auswirkt, weil Arbeitsdienstwillige und Notstandsarbeiter als „verfügbare" Arbeitsuchende weiter vorgemerkt bleiben.

Die Entwicklung der Unterstützungszahlen der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge zeigt eine nochmalige Abnahme um 1219 bezw. um 1048 Hauptunterstützungsempfänger. Der Stand an Hauptunterstützungsempfängern war am 15. September 1932 folgender: in der versicherungsmäßigen **Arbeitslosenunterstützung** 37 747 Personen (27 867 Männer, 9880 Frauen), in der **Krisenfürsorge** 71 599 Personen (57 044 Männer, 14 555 Frauen). Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 2267 oder um 2,0 v. H., nämlich von 111 613 Personen auf 109 346 Personen (84 911 Männer, 24 435 Frauen) gefallen; davon kamen auf **Württemberg** 46 092 gegen 46 361, auf **Baden** 63 254 gegen 65 252 am 31. August 1932.

*

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Berlin, 21. Sept. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung betrug die Zahl der bei den Arbeitsämtern am 15. September 1932 gemeldeten Arbeitslosen **rund 5 261 000**, was also nicht wesentlich über der Zahl vom 31. August liegt. In einzelnen wichtigen Berufsgruppen fand eine Entlastung, in anderen eine Neubelastung statt, was auf saisonmäßige Einflüsse zurückzuführen ist.

In der Arbeitslosenversicherung wurden am 15. September rund 659 000 (697 000 Ende August), in der Krisenfürsorge 1 280 000 (1 295 000) Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Die Zahl der Notstandsarbeiter belief sich auf 65 000, im freiwilligen Arbeitsdienst waren 144 000 Personen beschäftigt. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen betrug, wie jetzt erst festgestellt wird 2 030 000.

Samstag Sitzung des Ersparnisausschusses

T.U. **Berlin**, 21. Sept. Der von der Finanzministerkonferenz eingesetzte achtköpfige Ausschuß zur Behandlung der Ersparnis- und Vereinfachungsmöglichkeiten wird, wie Berliner Blätter berichten, unter Vorsitz des Ministerialdirektors Olscher vom Reichsfinanzministerium am Samstag zusammentreten.

Bertram wieder gestartet

T.U. **Berlin**, 22. Sept. Das Flugzeug des deutschen Piloten Bertram, der vor Monaten in der australischen Wildnis eine Notlandung vornehmen und mit seinem Begleiter Claußmann ungeheure Strapazen durchmachen mußte, ist nach einer Meldung Berliner Blätter aus Perth (Australien) nunmehr wieder flott gemacht worden. Bertram hat am Dienstag den Ort der Notlandung verlassen und ist mit der Maschine nach der Stadt Broome in Westaustralien geflogen. Sein Begleiter Claußmann befindet sich noch immer in einer Nervenheilanstalt, in die er vor wenigen Wochen gebracht wurde, da seine Nerven infolge der ausgestandenen Strapazen vollkommen zerrüttet waren.

Konflikt in Preußen

Der Preußische Landtag fand bei seinem Zusammentritt einen Konflikt mit der kommissarischen preußischen Staatsregierung vor. Die Regierung selbst wird im Landtag nicht vertreten sein. Es bleibt bei der bisherigen Anordnung des stellvertretenden Reichskommissars Dr. Bracht, wonach die Regierungsvertreter sich weder im Sitzungssaal noch auf den Tribünen des Landtages aufhalten dürfen. Auf der Tagesordnung stehen nur Gegenstände von untergeordneter Bedeutung. Der Ursprung des Konflikts zwischen Landtag und der preußischen Regierung ist aus der Unterredung bekannt, die der Landtagspräsident Kerrl am Montag mit dem Reichskommissar von Papen gehabt hat. Dieser hat dabei erwähnt, daß der von den Kommunisten und Nationalsozialisten in der Landtagssitzung vom 30. August gefaßte Beschluß, die **Staatsbeamten und Staatsangestellten von der Gehorsamspflicht gegen Dienstanweisungen der kommissarischen preußischen Regierung zu befreien, eine sehr ernste Angelegenheit sei.** Der Reichskanzler hat den Landtagspräsidenten dringend ersucht, dafür zu sorgen, daß dieser Beschluß des Landtages wieder zurückgezogen werde, weil sich sonst Folgerungen von größter Tragweite ergeben könnten. Wahrscheinlich hat der Reichskanzler in einer Besprechung, die er am Dienstag nachmittag mit dem Landtagspräsidenten Kerrl hatte, diese Ausführungen wiederholt. Am Dienstag abend waren in Berlin Gerüchte verbreitet, die bereits von einer Auflösung des Landtages sprachen. Diese Gerüchte gingen darauf zurück, daß die Reichsregierung oder der Reichskommissar gegen den Landtag einschreiten könne, weil sein Beschluß vom 30. August geeignet sei, die Staatsautorität zu untergraben und die Ordnung zu gefährden. Eine Handhabe bei Auflösung durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten ist aber nicht vorhanden.

Kongreß der Christlichen Gewerkschaften

Am zweiten Verhandlungstag des Kongresses der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf wurde die Aussprache über den politischen Bericht fortgesetzt. Der Zentrumsabgeordnete Becker-Arnsberg forderte die Kongreßteilnehmer auf, den leidenschaftlichen Kampf gegen die soziale Reaktion bis zur Reichstagswahl durchzuführen. Prälat Dr. Pieper erklärte, die soziale Reaktion versuche die Arbeiterschaft als politisch unzuverlässig hinzustellen. Diese Herabsetzung sei das stärkste Unrecht, das der Arbeiterschaft, die ihre nationale Zuverlässigkeit im Kriege und in der Nachkriegszeit bewiesen habe, zugefügt werden könne. Der Geschäftsführer Baltrusch verwahrte sich gegen Einfuhrbeschränkungen und Kontingentierungsmaßnahmen, sowie gegen eine Agrarwirtschaft, die die Existenz der Arbeiterschaft noch weiter einschränke. Die wirtschaftliche Stellung der Gewerkschaften sei in der Zeit der Wirtschaftskrise auf das schwerste gefährdet. Kallscheidt forderte unter lebhaftem Beifall die Verstaatlichung der freien Wirtschaft, vorerst der Schwerindustrie und des Bergbaues. Für die hohen Zuwendungen aus allgemeinen Steuermitteln fordere die Arbeiterschaft eine entsprechendes Kontroll- und Mitbestimmungsrecht. Körner (Köln) verlangte gleichfalls Verstaatlichung der privaten Wirtschaft. Er halte den Vorstoß Imbuschs für richtig und müsse auch dem Plan Strassers auf Organisation der Elektrowirtschaft im Interesse einer starken Einflußnahme des Staates zustimmen. Die Gewerkschaften verlangten eine sinnvolle staatliche und genossenschaftliche Wirtschaftsbeeinflussung, sowie ein System sinnvoller Planwirtschaft. Reichstagsabgeordneter Fahrenbracht vom Christlichen Textilarbeiterverband betonte, daß der Wirtschaftsplan der Reichsregierung von der Arbeiterschaft nicht in allen Teilen abgelehnt werde. Jedoch setze er in die praktische Durchführung dieses Planes erhebliche Zweifel, da er rein spekulativer Natur sei. Wenn die erhoffte Wirtschaftsbelebung nicht eintrete, dann werde der Plan zu einem Verhängnis für Staat und Wirtschaft. Der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Behrens, forderte den Abbau der landwirtschaftlichen Großbetriebe.

„Haarglanz" gibt dem Haare Glanz! Das durch Nachspülen mit „Haarglanz" gestraffte, von den Alkaliresten des Waschmittels befreite Haar bekommt zarten, natürlichen Glanz. „Haarglanz" erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigen, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond", die aufhellende Spezial-Sorte!

Zum Tode des großen deutschen Malers Max Slevogt †

Wie gemeldet, starb auf seinem Landgut Neukastl bei Landau Professor Max Slevogt. Das letzte Werk des berühmten Malers war die Ausmalung der Friedenskirche in Ludwigshafen a. Rh. Der Künstler hatte sich im Anschluß daran zur Ausspannung und Erholung auf sein Landgut Neukastl zurückgezogen. Dieses letzte monumentale Werk scheint jedoch die physischen Kräfte des Meisters übermäßig angegriffen zu haben. Wenigstens glaubten intime Freunde Max Slevogts, daß hierauf die Verschlimmerung des alten Herzleidens in erster Linie zurückzuführen sei, die jetzt dem Leben eines der größten deutschen Maler der Gegenwart ein so vorzeitiges Ziel setzte. Am Donnerstag wird das, was sterblich war an Max Slevogt, auf dem privaten Friedhof bei Neukastl der Erde übergeben.

Gedenkfeier auf dem Lützener Schlachtfeld

Leipzig, 21. Sept. Am Schwedenstein bei Lützen hielt der Gustav Adolf-Verein eine Gedenkfeier ab. Vor Beginn der Feier wurde im Schützenhaus in Lützen eine Gedenktafel für D. Christian Großmann, dem Gründer des Gustav Adolf-Vereins, enthüllt. Am Schwedenstein begrüßte zunächst Professor Dr. Heinzelmann-Halle die tausendköpfige Versammlung. Dann sprach Oberkirchenrat D. Rüdel (Ansbach) an dem Gustav Adolf-Stein und gab den geschichtlichen Erinnerungen, die diese Stätte umgeben beredten Ausdruck. Der finnische Bischof Gummers feierte dann Gustav Adolf als den gemeinsamen Helden für Schweden, Deutschland und Finnland. Im Namen des Zentralvorstandes legte hierauf der Präsident des Gustav Adolf-Vereins, Geheimer Kirchenrat Professor D. Dr. Rendtorff einen Kranz, geschmückt mit den schwedischen Farben, am Gedenkstein nieder.

Die Jahrhundertfeier des Gustav Adolf-Vereins fand am Dienstag abend mit der zweiten öffentlichen Hauptversammlung in der altehrwürdigen Nicolai-Kirche, die bereits 1842 und 1882 Gustav Adolf-Tagungen gesehen hat, ihren eindrucksvollen Abschluß. Die große Liebesgabe des Gustav Adolf-Vereins wurde von der Versammlung mit überwältigender Mehrheit für die Heranbildung von kirchlichen Führern und Helfern in Polen bewilligt. Als Ort für die nächste Hauptversammlung wurde auf Einladung des Ostpreußischen Hauptvereins Königsberg bestimmt, während für 1934 München in Aussicht genommen wurde. Die Versammlung fand mit Gebet und gemeinsamem Gesang sodann ihren Abschluß.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.). 23)

XIV.

Ursula lief so rasch, daß Kerkhoff Mühe hatte, ihr zu folgen. Vergebens bettelte er: „Ursula, sag mir doch, wie das Unglück passieren konnte!"

Mit zusammengebissenen Zähnen schüttelte die Blondine nur den Kopf. Da gab es Kerkhoff auf, in sie zu dringen. Wortlos eilte er der Stummen nach. Gott mochte wissen, welcher Schreck der Aermsten in den Gliedern steckte!

Rechts von ihnen toste der Bach in seinem steinigen Bett. Seine Wasser schäumten so ruhelos wie das Blut in den Adern der beiden flüchtigen Menschen.

Endlich war das Gasthaus Griesenau erreicht. Ursula weigerte sich, es zu betreten. Ermattet sank sie auf einen Stein.

„Willst du nicht wenigstens ein Glas Wein — —"

Die Erschöpfte unterbrach ihn heftig.

„Heim — — Adelholzen — —"

Fünf Minuten später bestiegen sie das Auto, das der Wirt steuerte.

„Auf dem schnellsten Wege nach Adelholzen!" befahl Kerkhoff.

Der Mann am Steuer nickte. „Ueber Kössen, Reit im Winkel."

Eine Weile sah Ursula schweigend durch das Fenster der kleinen Limusine. Ihr Begleiter vermied es, sie durch Fragen zu belästigen. Er sah es an der gewaltsamen Beherrschtheit ihres schmalen Gesichtchens, daß der Zusammenbruch nicht mehr fern sein konnte.

Und richtig: Gleich hinter Kirchhof ging ein Zittern durch die zarte Gestalt Ursulas, die krampfhafte Starrheit ihres Antlitzes löste sich auf in einen Ausdruck namenlosen Schmerzes. Unter Schluchzen sank der Kopf des Mädchens in die Polster zurück. Ein wohltuender Tränenstrom spülte alle Qual der Seele nach außen.

Sehr behutsam, sehr zärtlich legte Kerkhoff den Arm um die Weinende, bog ihren Kopf zu sich herüber, daß er an seiner Schulter Ruhe und Halt fand.

„Arme, kleine Ursel!"

Er brauchte nicht zu fragen, ohne Zwang klärte sie ihn auf, weihte ihn ein in das furchtbare Geschehen in der Wand.

„Er hat mich hinabgestürzt!" brach es aus ihr heraus, den Ahnungslosen in ein Chaos von Schrecken und Wut schleudernd.

Sekundenlang gab er die Schluchzende frei, bog sich weit vor, um ihr Gesicht im Halbdunkel des Wagens besser zu sehen.

„Wer, Ursel — — um Gotteswillen, von wem sprichst du?" hastete er hervor, selber kaum noch beherrscht, völlig überrumpelt von dem Gedanken, daß an Ursula Josephy ein Verbrechen verübt worden sein könnte.

Sie gab mit zuckendem Munde Aufschluß, berichtete mit Unterbrechungen von ihrem Zusammentreffen mit Vidor.

Kerkhoff hörte das alles mit an, spürte, wie ihm dabei die Herrschaft über sich selbst mehr und mehr entglitt. — Wie — dieser Windbeutel, dieser Meuchelmörder hatte nicht genug daran, daß er auf der Kampenwand den hinterhältigen Angriff verübte? Nach Kerkhoff vergriff sich sein Haß an der unschuldigen Ursula!

Der Zornentbrannte ballte die Fäuste. Seine Zähne knirschten, ließen die wütenden Worte kaum durch: „Wenn ich den Verbrecher erwische, dann Gnade Gott!"

Nach ihrem Geständnis lag Ursula eine Weile apathisch an der Schulter des Mannes, der ihr Schirm und Schutz in diesen unheilvollen Tagen war.

Erst hinter Kössen erwachten wieder ihre Lebensgeister. Jäh sich aufbäumend, rief sie unvermittelt, im Geiste immer noch von der Tragik dieses Vormittags gefangen: „Ich habe ihm nie ein Leid zugefügt! Ich war stets liebevoll wie eine Schwester zu ihm . . ."

Und dann, wieder in sich zusammensinkend: „Wie ein Wegelagerer hat er sich benommen, wie ein ganz gemeiner Brigant . . ."

Klar: Für dieses empfindsame Menschenkind blieb die Doppelnatur Vidors ein Rätsel. Sie würde es nie begreifen können, daß sie sich ein Jahr lang in diesem Menschen irrte.

Der Brief ihres Vaters wurde wieder lebendig. Jetzt erst kam es ihr voll zum Bewußtsein, daß ihr alter Herr richtig orientiert war.

„Ich werde meinem Vater Abbitte leisten," sagte sie unvermittelt.

Das begriff Kerkhoff nicht, weil er den Zusammenhang nicht kannte. Momentan war es ihm auch ziemlich gleichgültig, was Ursula zu unternehmen gedachte. Sein Entschluß stand fest, wie der Befehl eines Diktators. Das seelisch gebrochene Mädchen an seiner Seite erschrak, als er seinen Willen in Worte kleidete.

„Daß Vidor mich überfallen hat auf stillem Gipfel, konnte ich ihm verzeihen, nie und nimmer aber, daß er sich an dir vergriff!"

Eine unsagbar zähe Entschlossenheit gab seinen Worten fast den Wert der Tat. „Ich werde diesen Verbrecher zu finden wissen! Auf den Knien soll er mir Abbitte tun, für den ungeheuren Frevel, den er an dir verübte!"

Ursulas Hände verkrampften sich in seinen Arm.

„Auch dir hat er — —" Sie wagte diese Frage nicht zu Ende zu sprechen.

Kerkhoffs Stirn war zerfurcht, als er bejahte: „Auf der Kampenwand . . ."

Welche Ueberwindung mochte es dieses Mädchen kosten, alle Hoffnungen, die es im Laufe der Zeit auf Rainer Vidor setzte, nun unter dem ungeheuren Drucke der Beweiskraft dieser jüngsten Ereignisse einsargen zu müssen?

Der Rest der Fahrt wurde schweigend zurückgelegt. Ueber Marquartstein und Bergen gelangte man nach Wilbbad Adelholzen.

Sanitätsrat Josephy war hoch erfreut, seine Tochter in die Arme schließen zu können. Die Wiedersehensfreude war leider nur von kurzer Dauer.

„Was hat nur das Mädel?" fragte er, forschend im Gesicht seiner Tochter lesend und sich zugleich an den eben erst vorgestellten Kerkhoff wendend. Mißtrauen flackerte in seiner väterlichen Besorgnis.

Ursula gab selber Auskunft, bevor ihr Begleiter das Wort ergreifen konnte.

„Ich hatte einen kleinen Unfall in den Bergen. Herr Kerkhoff war so liebenswürdig, sich meiner anzunehmen."

Mit diesen schnell hervorgestoßenen Worten suchte Ursula Josephy den dramatischen Vorgang, der ihr das Leben kosten konnte, zu verkleinern. Es war verständlich, daß es ihr peinlich sein mußte, ihrem Vater einzugestehen: Vidor ist ein Schuft . . .

Unter den buschigen Brauen des Alten hervor blitzte es prüfend und wägend.

„So so . . . Ein kleiner Unfall nur. Wo denn, wenn man fragen darf?"

Diesmal sprang Kerkhoff in die Bresche.

„Am Feldberg."

Er kannte nun den Wunsch Ursulas und war gewillt, ihn zu respektieren, solange es sich einrichten ließ.

Wenn es nach dem Sanitätsrat gegangen wäre, hätte Kerkhoff mit zu Mittag essen müssen.

„Anschließend möchte ich Ihnen meinen Sanatoriumsbetrieb zeigen, verehrter Herr! Wir haben hier alles, was die leidende Menschheit braucht: Mineralquellen, Höhensonne, Bestrahlungstherapie und nur einen verschwindenden Prozentsatz als Rest von der vielgeschmähten Medizin."

Kerkhoff lehnte höflich aber strikt ab.

„Ich hoffe, das Versäumte bald nachholen zu können, Herr Sanitätsrat. Aber momentan werde ich tatsächlich dringend im Kaisergebirge gebraucht."

Wieder dieser ungemütlich forschende Blick des alten Herrn, der einem durch Herz und Nieren ging. Und dann platzte er heraus: „Scheint mir nicht ganz geheuer, diese Geschichte aus Ihren Bergen. Natürlich will ich Sie nicht halten. Brauche wohl nicht erst zu betonen, daß Sie mir jederzeit als Gast herzlich willkommen sind."

(Fortsetzung folgt.)